



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend
über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für
Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
Volksantrag gegen Windkraftausbau	4
Nachrichten von und mit Karsten Hilse	4
Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026	4
Regionalgruppe Bautzen	5
Aktion zur Mitgliedergewinnung	5
Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen	6
Druckausgabe Blaue Post Bautzen	6
Archiv Blauer Rundbrief	6
Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	7
Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag	7
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 30.8.2026	7
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	9
PRESSEMITTEILUNGEN vom 31.8.2026	9
Experten unterstützen AfD-Antrag „Nein zur Chatkontrolle“	9
Neue Zahlen belegen: Touristen kommen sehr gern in AfD-Hochburg Sachsen!	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.9.2026	10
Rückgang bei Azubis von 7 %: Ausdünnung der dualen Ausbildung ist ein schwerwiegender Fehler!	10
Covenant: Kriegswirtschaft ist keine Lösung!	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.9.2026	12
Infraschall und Kunststoffabrieb von Windrädern überprüfen statt per Erlass ignorieren!	12
AfD-Anfrage: Trauriger Rekord bei minderjährigen Opfern sexuellen Missbrauchs	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 3.9.2026	13
AfD-Anfragen: Geldverschwendung der Regierung muss sofort aufhören!	13



Nächste CDU-Lüge: Heimliche Steuer-Erhöhung ist eine Frechheit!	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 4.9.2026	14
Schützt unsere Wälder vor brennenden Windrädern!	14
Steigende Lebensmittelpreise: Russland-Sanktionen im Bereich der Landwirtschaft aussetzen!	15
Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	16
Werde Wahlbeobachter in Sachsen-Anhalt!	16
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	16
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	16
Sie sind Unternehmer und führen Ihr eigenes Unternehmen?	17
Positionspapier „So retten wir Deutschland“	17
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken	18
Meinungsfreiheit verteidigen!.....	18
Wahlbetrug im Seniorenheim	18
Abschiebehaftplätze verzehnfachen!.....	19
Politindoktrination an Schulen stoppen!.....	19
Arbeitsplätze in Automobilindustrie dauerhaft sichern!	20
Von wegen „Schulze führt“: Mehrheit in Sachsen-Anhalt will Siegmund!	20
Heimatliebe in die Verfassung!.....	20
CDU will mit Linken paktieren!.....	21
CDU findet Lebensmittel zu billig!.....	21
Die CDU hat ein massives Demokratieproblem!.....	22
Bekenntnis zu Deutschland einfordern!	23
Die CDU hat ein massives Demokratie-Problem!	23
Unterstützung für gesuchte Straftäter endlich beenden!	24
Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt.....	24
Heino will aus TV-Produktion aussteigen, weil im Titel gegendert wird	24
„Regenbogenregime“ ist keine Volksverhetzung – Gericht entscheidet gegen Staatsanwaltschaft	24
Merz stellt Tolerierung durch Linkspartei in Sachsen-Anhalt in den Raum	24
Fluchtfahrerin des Stade-Mörders wollte offenbar ihren Schwiegersohn einschalten – er ist SPD-Politiker.....	24
Nach „Zigeuner“-Spruch – Zentralrat zeigt AfD-Chef Chrupalla wegen Volksverhetzung an...24	



43 zu 22 Prozent! 21 Punkte Vorsprung für AfD, Siegmund auch bei Ministerpräsidenten-Frage vorn.....	25
Kreml erzürnt über deutsche Sanktionen nach Drohnen-Vorfall	25
Sven Schulze: „Es wird keine Wahl geben“	25
BSW-Beben in Thüringen: Drei Abgeordnete verlassen Fraktion – Koalition plötzlich Minderheitsregierung.....	25
Exklusiv: Wahlbetrug mit der Stimme einer dementen 95-Jährigen? Bevollmächtigter stellt Strafanzeige	25
Pass als Ramschware: 333.343 Einbürgerungen im Jahr.....	25
Siegmund führt in allen Altersgruppen unter 70	25
Paktiert Sven Schulze jetzt ganz offen mit Linksextremisten gegen die AfD?	25
Schulze erklärt CDU-Papier gegen Linken-Duldung zur Einzelmeinung	25
Wegen Ceuta: Zehntausende protestieren gegen Spaniens Migrationspolitik	25
Jens Spahn geht für die Union in den Haushaltsausschuss	25
Video-Empfehlungen	26
Informationskanäle der AfD.....	26
Unabhängige Medien	26
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	26
Radio Klartext.....	26
Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft	26
NIUS – Die Stimme der Mehrheit	26
Ostdeutsche Allgemeine Zeitung.....	26
Deutschland-Kurier.....	26
{ungeskriptet} by Ben	26
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	27
Regionalgruppen im KV Bautzen.....	29
SPENDENKONTO.....	29
KONTAKT:.....	29

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Volksantrag gegen Windkraftausbau #stoppmal



**Ihre Unterschrift ist
kein Wahlkreuz,
aber politisch wirksam.
→ volksantrag.org**

Mit <https://volksantrag.org> zum sächsischen Windkraftmoratorium!

Wir als Kreisverband Bautzen unterstützen diesen Antrag und sammeln Unterschriften in unseren Bürgerbüros in Bautzen, Hoyerswerda, Kamenz und Königsbrück!

Kommen Sie vorbei und helfen Sie uns dabei, 40.000 Unterschriften zu sammeln!

BAUTZEN, Postplatz 1
HOYERSWERDA, Spremberger Str. 11
KAMENZ, Klosterstr. 4
KÖNIGSBRÜCK, Weißbacher Str. 23

Nachrichten von und mit Karsten Hilse

Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der AfD,

auch in diesem Jahr bieten wir wieder die beliebten Informationsfahrten nach Berlin und in den Deutschen Bundestag an und Karsten Hilse, unser Lausitzer Bundestagsabgeordneter lädt Sie herzlich auf diesen Ausflug ein.

Wir reisen in einem komfortablen Reisebus nach Berlin und übernachten in einem Hotel direkt in Berlin. Neben dem Besuch im



Bundestag und der Gesprächsstunde mit Karsten Hilse werden wir die zwei Tage wie gewohnt mit interessanten und spannenden Programmpunkten abrunden.

Die Teilnahme an dieser Reise ist generell kostenlos, abgesehen von eventuell anfallenden Eintrittsgeldern und einem kleinen Trinkgeld für unseren Busfahrer und den Gästebetreuer in Berlin. Außerdem enthalten ist zweimal Mittagessen.

Die Übernachtung erfolgt grundsätzlich in Doppelzimmern. In manchen Hotels ist es jedoch in Einzelfällen auch möglich, gegen Selbstzahlung des Aufpreises vor Ort, ein Einzelzimmer zu bekommen, darauf besteht aber kein Anspruch!

Letzter Termin 2026:

19./20. November 2026 (mit Warteliste, da derzeit ausgebucht)
(jeweils Donnerstag und Freitag)

Anmeldung:

Unter Angabe aller folgenden Punkte, **bitte ausschließlich unter folgender Mailadresse:**
karsten.hilse.ma02@bundestag.de

- Name, Vorname
- vollständige Adresse (Straße, PLZ, Wohnort)
- Geburtsdatum und -ort
- Mobilnummer, Emailadresse
- Zustieg (Bautzen oder Hoyerswerda)
- Doppelzimmer mit namentlicher Belegung oder eventueller Einzelzimmerwunsch
- Vegetarier, Veganer, eventuelle Behinderungen

Regionalgruppe Bautzen

Aktion zur Mitgliedergewinnung

Liebe Mitglieder der Regionalgruppe Bautzen,

um in der Regionalgruppe Bautzen weitere Mitglieder zu gewinnen, verteilen wir derzeit diese Flyer. Im Innenteil befindet sich der aktuelle Mitgliedsantrag direkt zum ausfüllen.

Wer uns bei der Verteilung unterstützen möchte, meldet sich bitte zu den Öffnungszeiten im Büro Postplatz 1 in Bautzen.



The flyer is divided into several sections. At the top left, it says 'So können Sie gewinnen:' with an image of a ballot box. Below this, it explains that the AfD Regionalgruppe in Bautzen is growing and offers a '70. Mitglied' (70th member) as a reward. It provides instructions on how to apply, either by mail or online. In the center, there is a photo of Jörg Urban, the elected member of parliament, with the text '„Helfen Sie dabei mit, unsere Heimat zu bewahren!“'. To the right, there is a section titled 'Antrag einreichen:' (Submit application) with details on how to submit the application. At the bottom right, there is a large section titled 'Jetzt AfD-Mitglied werden und... ..Sommerpaket gewinnen!' (Become an AfD member and... ..win summer package!) with an image of a summer package. The flyer also includes contact information for the AfD Kreisverband Bautzen and a Facebook link.



Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen

Sa	19.09.2026	10.00-12.00 Uhr	Lausitzer Platz Hoyerswerda	INFOSTAND der Regionalgruppe Hoyerswerda
Sa	19.09.2026	16.00-22.00 Uhr	Nähe Bautzen (genauer Ort nach Anmeldung)	OKTOBERFEST der Generation Sachsen Anmeldung an nicole.scharpe@afdbautzen.de
Mo	28.09.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	29.09.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	30.09.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	30.09.2026	16.00-18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL

Termine, Pressemitteilungen und weitere Infos aus dem KV Bautzen finden Sie hier:

www.afdbautzen.de

Druckausgabe Blaue Post Bautzen

Einmal im Quartal gibt es die Druckausgabe unserer Kreisverbandszeitung.

Für alle, die lieber online lesen oder keine im Briefkasten hatten (wir freuen uns immer über Unterstützung bei der Verteilung) geht es hier zur Version zum Herunterladen:

<https://afdsachsen.de/blau-post-bautzen-ausgabe-april-2026/>

Archiv Blauer Rundbrief

Lesen Sie hier ältere Ausgaben des Blauen Rundbrief:

<https://afdsachsen.de/blauer-rundbrief-des-afd-kreisverband-bautzen/>



Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag

Hier finden Sie alle Informationen:



Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 30.8.2026

Liebe Freunde, liebe Leser,

bis zum 18. Geburtstag kostet ein Kind laut Erhebungen zwischen 160.000 bis 225.000 Euro.

Wenn Sie mit einem Kind schon einmal Schuhe kaufen waren oder bedenken, wie teuer mittlerweile ein Schulranzen ist, wissen Sie, wovon ich spreche.

Darüber hinaus gibt es auch Studien darüber, welcher gesamtgesellschaftliche Schaden entsteht, wenn Kinder vernachlässigt werden. Statistisch betrachtet, kostet jeder einzelne Schulabbrecher den Staat über sein gesamtes Leben 1,8 Millionen Euro.

CDU wird zur Anti-Familienpartei

**Alleinerziehende
und Eltern viel
MEHR
unterstützen!**



Jörg Urban



Gerade in einer überalterten Gesellschaft mit einer leider sehr niedrigen Geburtenrate lässt sich daher sagen: Jeder, wirklich jeder Euro an Steuergeld, der Familien zugutekommt und in die Bildung unserer Kinder fließt, ist gut angelegt, um in Zukunft eigene Fachkräfte zu haben und die Rente finanzieren zu können.

Es ist deshalb erschreckend, dass sowohl die Bundesregierung von Kanzler Friedrich Merz als auch die sächsische Regierung von Michael Kretschmer (CDU) ab 2027 ausgerechnet bei den Leistungen für Familien und Alleinerziehende sparen wollen.

Gehen wir die Pläne einmal der Reihe nach durch:

Beim Elterngeld will die Bundesregierung insgesamt 500 Millionen Euro pro Jahr kürzen. Besonders hart trifft es Alleinerziehende, die nur noch zwölf statt bisher 14 Monate Elterngeld erhalten sollen. Die AfD spricht sich hingegen dafür aus, die Bezugsdauer bis zum dritten Lebensjahr zu erweitern, Selbständige besser zu stellen und Großeltern zu berücksichtigen.

Gerade Alleinerziehenden dürfte das helfen, denn das Elterngeld reicht zum Leben nicht aus. Wir sollten es deshalb ermöglichen, dass Alleinerziehende relativ früh wieder arbeiten gehen können, wenn sie das wollen, und stattdessen die Großeltern für die Betreuung ihrer Enkel eine staatliche Unterstützung erhalten.

Seit 2007 wurde das Elterngeld übrigens nicht mehr erhöht, obwohl der Wertverlust unseres Geldes seitdem 48,3 Prozent erreicht hat. Hätte man die Höhe des Elterngeldes an die Inflation angepasst, würde es jetzt einkommensabhängig zwischen 450 und 2.700 Euro liegen. Aus meiner Sicht ist es höchste Zeit, beim Elterngeld einen jährlichen Inflationsausgleich vorzunehmen.

Weit davon entfernt, setzt Friedrich Merz die Axt auch an einer weiteren Stelle an. So soll es zum Beispiel den Unterhaltsvorschuss nur noch bis zum 16. Geburtstag geben. Das trifft vor allem kluge Kinder von Alleinerziehenden hart, die gerade dabei sind, sich mühsam nach oben zu kämpfen.

Sie sollen fast 400 Euro pro Monat verlieren. In der harten Lebenswirklichkeit kann das heißen, dass der Traum vom Abitur nicht in Erfüllung geht.

Darüber hinaus soll der sogenannte Kindersofortzuschlag für armutsgefährdete Familien wegfallen und auch beim Wohngeld gibt es Einschränkungen – etwa die Halbierung der Heizkosten, die bisher übernommen werden.

Dass man bei der durchaus notwendigen Kürzung von Sozialleistungen anders vorgehen könnte, beweisen indes unsere Freunde von der FPÖ in der Steiermark.

Landeshauptmann Mario Kunasek, der uns schon in Dresden besuchte, setzte den Rotstift beim Wohngeld für Ausländer an. Zum 1. April 2026 ist diese Reform in Kraft getreten. Das zeigt: Es geht, wenn man will!

Als wären die Streichungen auf Bundesebene nicht genug, will die CDU in Sachsen auch noch das Landeserziehungsgeld ab dem nächsten Jahr abschaffen.

Das Landeserziehungsgeld kommt bisher vor allem Alleinerziehenden mit einem niedrigen Einkommen sowie Familien mit mehr als zwei Kindern zugute. Gezahlt wird es im zweiten und dritten Lebensjahr des Kindes.

Mit ihren derzeitigen Plänen wird die CDU endgültig zur Anti-Familienpartei. Sowohl in Sachsen-Anhalt als auch in Sachsen steht Familie hingegen an Nummer eins in den Programmen der AfD.

Es geht uns nicht nur um eine viel höhere, finanzielle Unterstützung, zum Beispiel auch durch eine kostenlose, warme Mahlzeit in den Kindergärten! Es geht darum, die Leistung der Kindererziehung allumfassend zu würdigen.

Statt destruktive Debatten darüber zu führen, ob Kinder eine Klimasünde sind, müssen wir ein gesellschaftliches Klima der Kinderfreundlichkeit erzeugen.

Unsere Nation soll eine Zukunft haben. Mehr Kinder, die gut ausgebildet werden, sind die Voraussetzung dafür!

Bis nächsten Sonntag,

Ihr Jörg Urban

<https://afd-fraktion-sachsen.de/cdu-wird-zur-anti-familienpartei/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 31.8.2026

Experten unterstützen AfD-Antrag „Nein zur Chatkontrolle“

Die Europäische Union arbeitet derzeit an einer „Chatkontrolle 2.0“. Die Beratungen dazu starten im September



Die sächsische AfD-Fraktion fordert die Staatsregierung mit einem Antrag ([Drs. 8/4567](#)) dazu auf, die anlasslose, automatisierte Überwachung der Bürger entschieden abzulehnen.

Zu diesem Antrag fand am 31. August im Medienausschuss des Landtages eine Anhörung von Sachkundigen statt.

Dazu erklärt Torsten Gahler, medienpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion:

„Die AfD hat für ihren Antrag zur Ablehnung der Chatkontrolle viel Unterstützung von den Experten erhalten. Die geplante Chatkontrolle stellt die Bürger unter Generalverdacht. Dazu darf es nicht kommen.“

Es ist richtig, Kinder zu schützen. Wer Kinder schützen will, muss jedoch gerade vertrauensvolle Gesprächskanäle aufrechterhalten. Eine Totalüberwachung der privaten Kommunikation schadet deshalb auch potentiellen oder tatsächlichen Missbrauchsoffern.

Wie wir heute von mehreren Experten gehört haben, darf die anlasslose Überwachung privater Gespräche nicht zum Normalfall werden. Hochproblematisch ist zudem die Fehlerquote. In bis zu zwölf Prozent der Fälle komme es zu einem Fehlalarm, hieß es heute von Seiten der Experten.

Ebenso bestätigten die Experten die Befürchtung der AfD, dass die Chatkontrolle zweckentfremdet werden könnte, um nicht nur gegen sexuellen Kindesmissbrauch vorzugehen.

Zum Schutz der Meinungsfreiheit muss deshalb die Staatsregierung von CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer die geplante Chatkontrolle 2.0 ablehnen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/experten-unterstuetzen-afd-antrag-nein-zur-chatkontrolle/>

Neue Zahlen belegen: Touristen kommen sehr gern in AfD-Hochburg Sachsen!

Im ersten Halbjahr 2026 ist der Tourismus in Sachsen deutlich über dem Bundesdurchschnitt gewachsen. 3,8 Millionen Gäste bedeuten ein Plus von 2,6 Prozent. Der Bundesschnitt liegt bei 1,6 Prozent, berichtet die „Sächsische Zeitung“.

Dazu erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„Die AfD liegt in Umfragen in Sachsen bei 42 Prozent. Die Altparteien behaupten, dass dadurch die Wirtschaft Schaden nehme und unter dem hohen Zuspruch für die AfD der Tourismus leide.

Nun sehen wir: Gäste aus aller Welt kommen sehr gern ins konservativ geprägte Sachsen. Konservativ sein heißt, die Schönheit der eigenen Heimat zu bewahren. Im Gegensatz zu manchen alten Bundesländern gelingt uns das in Sachsen besonders gut.

Für unsere Großstädte sehe ich auch noch viel Potential nach oben, weil wir selbstverständlich die schönste Landeshauptstadt Deutschlands haben.

Es gibt jedoch auch Gefahren: Um den Tourismus weiter zu stärken, setzt sich die AfD dafür ein, dass kein einziges Windrad die weltberühmte Sächsische Schweiz verschandelt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/neue-zahlen-belegen-touristen-kommen-sehr-gern-in-afd-hochburg-sachsen/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.9.2026

Rückgang bei Azubis von 7 %: Ausdünnung der dualen Ausbildung ist ein schwerwiegender Fehler!



Zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres vermeldet das Handwerk in Sachsen einen deutlichen Rückgang der Lehrverträge. Laut der „Freien Presse“ beträgt er im Kammerbezirk Chemnitz 6,8 Prozent.

Im Juli hatte CDU-Kultusminister Conrad Clemens die Streichung etlicher Bildungsgänge an Berufsschulen angekündigt. Es entstehen dadurch Anfahrtswege von bis zu zwei Stunden bis zur Berufsschule mit dem ÖPNV.

Dazu erklärt Frank Peschel, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion und Mitglied im Bildungsausschuss:

„Kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie werden langfristig nur dann überleben

können, wenn wir die duale Ausbildung stärken und somit dafür sorgen, dass diese Unternehmen die dringend benötigten Fachkräfte von morgen finden.

Bereits im Januar hat das Handwerk vor der Schließung von Berufsschulen gewarnt. Trotzdem sieht die Regierung in ihrem aktuellen Arbeitsentwurf eine Ausdünnung der Berufsschulen vor. Diesen Entwurf halten wir für inakzeptabel.

Ob im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz besonders viele Geisteswissenschaftler benötigt werden, ist höchst unsicher. Was aber sicher ist: Wir werden viele Elektroniker brauchen.

Um ein Beispiel zu nennen: Für die Fachrichtung Elektroniker für Betriebstechnik in Bautzen haben sich in den letzten Jahren immer mehr junge Leute interessiert. Warum dieses Angebot aufgehoben werden soll, kann ich nicht nachvollziehen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/rueckgang-bei-azubis-von-7-ausduennung-der-dualen-ausbildung-ist-ein-schwerwiegender-fehler/>

Covenant: Kriegswirtschaft ist keine Lösung!

Laut übereinstimmenden Medienberichten will sich das amerikanische Rüstungsunternehmen Covenant im Leipziger Stadtgebiet ansiedeln. Das Unternehmen soll anscheinend neuartige Marschflugkörper mit einer Reichweite von bis zu 1.500 Kilometern herstellen. Genauere Informationen will weder das Unternehmen noch die Stadt preisgeben.

Dazu erklärt der AfD-Abgeordnete Alexander Wiesner:

„Kriegswirtschaft ist keine Lösung! Im Gegenteil: Sie macht Leipzig, Sachsen und Deutschland zu einem Angriffsziel.“

Wir sehen deshalb die Tendenz, die wirtschaftliche Schwäche Deutschlands durch Rüstung auszugleichen, mit großer Sorge. Hinzu kommt: Diese vermeintliche Sonderkonjunktur beruht einzig und allein auf Schulden. Von Tag zu Tag steigt so neben der Kriegsgefahr auch die Gefahr einer neuen Staatsschuldenkrise.

Wir kritisieren zudem die Heimlichtuerei aller Beteiligten. Durch diese fehlende Transparenz kann kein Vertrauen entstehen.

Deutschland muss zur Landesverteidigung jederzeit in der Lage sein und braucht dafür natürlich auch Waffen. Es ist jedoch fatal, wenn die Bundesregierung den Eindruck erweckt, weitentfernte Ziele in Zukunft womöglich angreifen zu wollen.

Deshalb lautet unser Appell: Wir müssen friedensfähig statt kriegstüchtig werden!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/covenant-kriegswirtschaft-ist-keine-loesung/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.9.2026

Infraschall und Kunststoffabbrieb von Windrädern überprüfen statt per Erlass ignorieren!

Seit dem 1. September 2026 gilt in Sachsen ein neuer Erlass zur Genehmigung von Windrädern. Danach gelten Infraschall und Kunststoffabbrieb „als unerheblich“ und bedürfen „keiner Prüfung“.



Auch Infraschall wird als
»unerheblich« verharmlost!



Dazu erklärt der umweltpolitische Sprecher und Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion, Jörg Urban:

„Es gibt medizinische Untersuchungen über Herzerkrankungen aufgrund von Infraschall. Diese Bedenken einfach wegzuwischen, finde ich unverantwortlich von CDU-Umweltminister Georg-Ludwig von Breitenbuch.“

Gleiches gilt für den Kunststoffabbrieb. Jedes Jahr rieselt tonnenweise Mikroplastik von Windrädern auf unsere Wälder und Landschaften. Das per Erlass auszublenden, ist das Gegenteil einer wissenschaftsbasierten Umweltpolitik. Der Umweltminister verfährt vielmehr nach dem Motto: Augen zu und durch!

Aufgrund von Lärm wird aktuell ein Windrad in Sachsen wieder abgerissen. Zudem brannte kürzlich ein Windrad in Crostwitz bei Bautzen komplett aus. Die Lehre daraus muss lauten: Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Kontrolle bei der Errichtung von Windrädern, damit weder Waldbrände ausgelöst werden können noch Lärmbelastungen entstehen.

Die Regierung muss die durch Windräder verursachten Umweltbelastungen endlich ernst nehmen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/infraschall-und-kunststoffabbrieb-von-windraedern-ueberpruefen-statt-per-erlass-ignorieren/>

AfD-Anfrage: Trauriger Rekord bei minderjährigen Opfern sexuellen Missbrauchs

Laut einer Anfrage ([Drs. 8/7760](#)) der familienpolitischen Sprecherin der AfD-Fraktion, Doreen Schwietzer, wurden 2025 insgesamt 1.911 Minderjährige in Sachsen Opfer einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Innerhalb der letzten zehn Jahre kam es fast zu einer Verdopplung der registrierten Fälle.

Unter den 1.335 Tatverdächtigen befinden sich 297 Ausländer (22 Prozent). Neben 79 Syrern und 38 Afghanen stechen in der Statistik insbesondere Nordafrikaner aus Libyen und Tunesien heraus.

Dazu erklärt Doreen Schwietzer:

„Die Opfer sexueller Straftaten tragen ihre schrecklichen Erlebnisse ein Leben lang mit sich herum. Es gilt daher: Jede dieser Straftaten ist eine zu viel.“

Um insbesondere Minderjährige zu schützen, kann der Staat viel mehr tun als bisher. Deshalb fordert die AfD ein lebenslanges Tätigkeitsverbot für pädophile Sexualstraftäter in kindernahen Berufen ([Drs. 8/7380](#)). Alle Betreuer



und Übungsleiter in Vereinen sollten zudem ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen müssen. Gerade im Schwimmsport und im Turnen gab es in den letzten Jahren viel zu viele Skandale um sexuellen Missbrauch.

Zu einer allumfassenden Bekämpfung sexueller Straftaten zählt es auch, alle ausländischen Täter konsequent abzuschieben. Das gilt insbesondere für Asylbewerber, die noch nicht einmal als Flüchtlinge anerkannt wurden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-trauriger-rekord-bei-minderjaehrigen-opfern-sexuellen-missbrauchs/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 3.9.2026

AfD-Anfragen: Geldverschwendung der Regierung muss sofort aufhören!

Der finanzpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Norbert Mayer, hat Ausgaben der Regierung für „humanitäre, soziale, kulturelle und sonstige Zwecke“ ([Drs. 8/7963](#)) sowie für „Erinnerungskultur“ ([Drs. 8/7961](#)) abgefragt.



Das Ergebnis: Insgesamt standen dafür knapp 350.000 Euro im Jahr 2025 zur Verfügung. 40.000 Euro flossen zur „Stärkung der maßgeblichen Interessenvertretung der Sinti und Roma“ und fast 60.000 Euro für ein Notstromaggregat in Charkiw (Ukraine). Im Bereich der Erinnerungskultur erhielten Einzelpersonen bis zu 15.750 Euro, um Videos produzieren zu können mit fünf „Gefällt mir“ bei Instagram.

Für den Verwaltungsaufwand der Mittelvergabe für Erinnerungskultur berechnete ein Verein 20.260,80 € an Kosten.

Dazu erklärt Norbert Mayer:

„Es ist falsch, mit der Gießkanne irgendwelche Projekte zu fördern, deren Nutzen nicht ersichtlich ist. Zum einen führt das zu einer Benachteiligung aller Künstler, Wissenschaftler und Kulturschaffenden, die keine Förderung für ihre Projekte erhalten. Zum anderen ist der Verwaltungsaufwand für diese kleinteilige Form der Förderung riesig, während der Nutzen für unsere Bürger – von Ausnahmen abgesehen – gegen Null tendiert.“

Als einzige Partei spricht sich die AfD konsequent gegen neue Schulden im Freistaat Sachsen aus. Das ist möglich, wenn die CDU endlich anfängt, den Förderdschungel zu lichten.

In Sachsen gibt es aktuell bis zu 200 Förderprogramme allein auf Länderebene. Ich schätze, dass mindestens 80 Prozent davon eingespart werden können.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfragen-geldverschwendung-der-regierung-muss-sofort-aufhoeren/>

Nächste CDU-Lüge: Heimliche Steuer-Erhöhung ist eine Frechheit!

Die Bundesregierung hat am 2. September 2026 ihre „heimliche Steuererhöhung“ (CDU-[Wirtschafts](#)ministerium) beschlossen.

Die BILD-Zeitung hat ausgerechnet, dass Alleinstehende, Alleinerziehende und Familien unabhängig von der Höhe ihres Einkommens allesamt ab 2027 weniger Netto vom Brutto erhalten.

Zur Erinnerung: „Steuer-Trickbetrüger Merz“ (Focus) hatte eine Senkung der Steuern hoch und heilig im Koalitionsvertrag versprochen! Wer nachschauen möchte, wird auf Seite 45, Zeile 1.442 fündig.

Unsere Meinung: Durch die derzeit hohe Inflation von drei Prozent kommt es zu einer schleichenden Enteignung der Deutschen. Das ist eine Frechheit! Die CDU will die Bürger bis zum letzten Euro ausquetschen. Zugleich macht sie die Wirtschaft mit der hohen Steuerbelastung kaputt, die ins Ausland flieht.

Die AfD fordert eine massive Senkung der Steuern, um die Bürger zu entlasten und neues Wirtschaftswachstum zu ermöglichen!

<https://afd-fraktion-sachsen.de/naechste-cdu-luege-heimliche-steuer-erhoehung-ist-eine-frechheit/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 4.9.2026

Schützt unsere Wälder vor brennenden Windrädern!

Im Infrastruktur-Ausschuss des Sächsischen Landtags äußerten sich am 4. September 2026 Experten zum AfD-Gesetzentwurf ([Drs. 8/7242](#)) zur Vermeidung von Waldbränden, die durch brennende Windräder ausgelöst werden.



Dazu erklärt Thomas Thumm, regionalpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion:

„Wir haben heute von den Experten gehört, dass es bisher noch nicht einmal eine Meldepflicht für brennende Windräder gibt. Zu solchen Bränden kommt es leider viel zu häufig. Denn obwohl Windräder einen Blitzableiter haben, geraten sie unter anderem nach Blitzeinschlägen regelmäßig in Brand. Entsprechende Fälle hat es auch schon in Sachsen gegeben.“

Vor diesem Hintergrund ist der Entschluss der sächsischen Regierung hochgefährlich, mehrere hundert Windräder in Wälder bauen zu wollen. Bei den 30 bisher in unseren Wäldern stehenden Windrädern besteht aus unserer Sicht kein ausreichender

Brandschutz.

Die AfD lehnt aus diesem und anderen Gründen Windräder im Wald generell ab. Sofern sie gebaut werden, müssen automatische Löschanlagen zur Pflicht werden. Unverbindliche Empfehlungen gegenüber den Betreibern reichen nicht aus.

Die CDU hatte im Koalitionsvertrag von 2019 versprochen, keine Windräder in Wäldern zu errichten. Dieses Versprechen hat sie gebrochen und dabei noch nicht einmal die unerwünschten

Nebenwirkungen reduziert.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/schuetzt-unsere-waelder-vor-brennenden-windraedern/>

Steigende Lebensmittelpreise: Russland-Sanktionen im Bereich der Landwirtschaft aussetzen!

Um die Kostenexplosion in der [Landwirtschaft](#) zu stoppen, hat die Europäische Union die Importzölle auf Düngemittel für ein Jahr ausgesetzt. Einzige Ausnahme: Russland.

Die sächsische AfD-Fraktion hält das für inkonsequent und hat die Aussetzung der Zölle auch für Importe aus Russland beantragt ([Drs. 8/7267](#)). Der Antrag wurde am 3. September 2029 im Umweltausschuss behandelt.

Die sächsische Regierung hat bereits zu Protokoll gegeben, dass die „krisenbedingten Preisbelastungen für landwirtschaftliche Betriebe (...) ernst zu nehmen“ seien. Dennoch will die Regierung vollumfänglich an den Russland-Sanktionen festhalten.

Dazu erklärt Jörg Dornau, agrarpolitischer Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion:

„Die Russland-Sanktionen haben nicht zum Frieden geführt, sondern zur weiteren Eskalation der Verwerfungen zwischen Europa und Russland beigetragen. Die AfD spricht sich deshalb schon lange für ein Ende dieser gescheiterten Sanktionspolitik aus.

Bezogen auf unsere [Landwirtschaft](#) ist die Lage äußerst angespannt: Deutschland hat bis 2024 in erheblichem Umfang Düngemittel aus Russland importiert. Der Anteil lag bei Harnstoff bei rund 39 Prozent.

Darauf verzichten zu wollen, ist selbstschädigend. Das gilt insbesondere, solange die Straße von Hormus de facto blockiert ist, denn bis zu 45 Prozent des weltweiten Bedarfs müssen durch dieses Nadelöhr transportiert werden.

Sofern die Regierung also nicht tätig wird, sind eine höhere Inflation und höhere Lebensmittelpreise die direkte Folge dieser unverantwortlichen Politik. Das müssen wir abwenden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/steigende-lebensmittelpreise-russland-sanktionen-im-bereich-der-landwirtschaft-aussetzen/>





Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag



Werde Wahlbeobachter in Sachsen-Anhalt!

Nie war es wichtiger, die Auszählung im Wahllokal zu beobachten - und das kannst Du auch dann, wenn Du nicht in Sachsen-Anhalt lebst. Alle Infos und eine Übersicht der noch unbesetzten Wahllokale findest Du im Link unten. Jede Stimme zählt!

<https://karte.wahlbeobachtung.de>

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1592329395596036&set=a.797289411766709>

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Sie sind Unternehmer und führen Ihr eigenes Unternehmen?



Jetzt anmelden zum 2. Wirtschaftsgipfel der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag am 10. September 2026!

Seit unserem erfolgreichen ersten Wirtschaftsgipfel 2024 hat sich die Lage der deutschen Wirtschaft weiter dramatisch zugespitzt. Steigende Belastungen, wachsende Bürokratie, untragbare Energiekosten und ein zunehmend standortfeindliches politisches Klima setzen Unternehmen jeder Größe unter enormen Druck.

Deutschland braucht jetzt Persönlichkeiten wie Sie: Menschen, die Verantwortung übernehmen, den Niedergang nicht hinnehmen, sondern sich ihm widersetzen und bereit

sind, ihre Erfahrung, ihre Stimme und ihre unternehmerische Kraft einzubringen.

Deshalb laden wir Sie herzlich zum Wirtschaftsgipfel der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag ein.

Anmeldung und weitere Informationen unter:

<https://afdbundestag.de/veranstaltung/2-unternehmertag>

Positionspapier „So retten wir Deutschland“

Während Schwarz-Rot streitet, zeigt unsere Klausurtagung in Cottbus: Die AfD-Fraktion ist geschlossen, zielstrebig und bereit, Deutschland eine echte Alternative zu bieten. Wir haben einstimmig ein starkes Wirtschaftspapier für Deutschland beschlossen. 

Link: <https://www.facebook.com/photo?fbid=1507784394044086&set=pcb.1507786014043924>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken



Meinungsfreiheit verteidigen!

"Meinungs- und Redefreiheit sind die tragenden Säulen einer freien und wirklich demokratischen Gesellschaft! Dort, wo sie vor allem zutage treten sollte, wird sie immer mehr eingeschränkt: in den Medien. Kritische Stimmen werden gar nicht erst „eingeladen“, unbequeme Meinungen werden als Außenseitermeinung dargestellt. Statt offener Debatte erleben wir Einseitigkeit, Bevormundung und vorausseilende Selbstzensur. Unseren Bürgern in Sachsen-Anhalt muss man Demokratie nicht erklären! Wir brauchen keine betreute Meinung, sondern echten Pluralismus! Medien müssen wieder das ganze Meinungsspektrum abbilden, nicht nur, was gerade in Redaktionssitzungen dem eigenen Wunschbild entspricht. Wir werden deshalb als Regierung darauf hinwirken, den öffentlichen

Rundfunk und aus öffentlichen Mitteln geförderte Radiosender zu politischer Neutralität und Ausgewogenheit zu verpflichten."

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1593708682124774&set=a.797289411766709>

Wahlbetrug im Seniorenheim

Schwere Vorwürfe erschüttern das Vertrauen in den Ablauf der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. In einer Dessauer Seniorenresidenz soll im Namen einer dementen 95-jährigen Bewohnerin per Briefwahl abgestimmt worden sein, ohne das Wissen ihres Bevollmächtigten. Der Neffe erstattete Strafanzeige gegen Unbekannt, nachdem ihm eine Mitarbeiterin zuvor versichert hatte, alle Wahlunterlagen vernichtet zu haben, im Wahlbüro jedoch eine Stimmabgabe vorlag. Gleichzeitig sorgte Magdeburg für Aufsehen: Dort erhielten laut Stadt 440 Wahlberechtigte ihre Briefwahlunterlagen versehentlich doppelt, während ein anderer Bericht sogar von 1.184 doppelt gedruckten Unterlagen sprach.



Diese gravierenden Vorfälle belegen schonungslos, wie fehleranfällig, unkontrollierbar und manipulationsgefährdet das derzeitige System geworden ist. Wenn demente Senioren in Pflegeheimen ohne ihr Wissen zur Stimmabgabe herangezogen werden können und Behörden hunderte Dokumente doppelt ausgeben, geraten die Grundfesten freier, geheimer und verlässlicher Wahlen massiv ins Wanken. Das Vertrauen der Bürger in ordnungsgemäße demokratische Prozesse wird durch ein solches behördliches und organisatorisches Chaos nachhaltig zerstört.

Ein derart anfälliges System darf keinen Bestand haben. Die Briefwahl in ihrer jetzigen Form gehört grundlegend reformiert und muss konsequent auf absolute, nachweisbare Notfälle zurückgeführt werden. Nur die Rückkehr zum klassischen Urnengang am Wahlsonntag als

sicherem Regelfall schiebt Missbrauch einen wirksamen Riegel vor. Wer unsere Demokratie wirklich schützen will, muss die Stimmabgabe wieder an die streng kontrollierte Wahlurne binden.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1592951145533861&set=a.797289411766709>



Abschiebehaftplätze verzehnfachen!

"Aktuell plant die Landesregierung, bis 2027 in der JVA Volkstedt 30 Abschiebehaftplätze einzurichten. Das reicht bei weitem nicht aus, um sowohl kriminelle als auch ausreisepflichtige Ausländer planmäßig abzuschicken. Wir werden deshalb mindestens 300 Abschiebehaftplätze einrichten."

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1592845785544397&set=a.797289411766709>

Politindoktrination an Schulen stoppen!

Die Berichte aus dem Saalekreis sind zwar schockierend, kommen aber nicht überraschend. Die von ‚Demokratie leben!‘ geförderten Projekte produzieren geradezu im Wochentakt Skandalmeldungen, ohne dass ein Umdenken bei den politischen Verantwortlichen erkennbar wäre. Dass bereits Grundschüler von mit üppigen Steuergeldern finanzierten linken Politaktivisten in den zur Staatsdoktrin mutierten Kampf gegen die politische Rechte in Deutschland hineingezogen werden, erinnert an finstere Zeiten der deutschen Geschichte. Der Beutelsbacher Konsens, der das Verbot der politischen Überwältigung von Schülern vorsieht, ist in Deutschland unübersehbar in Auflösung begriffen. Schuld daran trägt auch das unter CDU-Kanzlerin Merkel initiierte und von Karin Prien gehegte Programm ‚Demokratie leben!‘. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat unentwegt die sofortige Einstellung dieses Pseudo-Demokratieprogramms, das grundgesetzwidrig eine politische Willensbildung von oben nach unten betreibt, gefordert und tut dies auch weiterhin. Bundesministerin Prien muss jegliche politische Indoktrinierung an unseren Schulen sofort unterbinden!

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1628088718680319&set=a.818190173003515>





Arbeitsplätze in Automobilindustrie dauerhaft sichern!

Das Aus für traditionsreiche deutsche Autowerke ist das Resultat einer verfehlten Wirtschafts- und Energiepolitik. Die einseitige und voreilige Fixierung auf Elektromobilität hat die deutsche Schlüsselindustrie in eine Sackgasse geführt. Gleichzeitig zerstören der Wirtschaftskrieg gegen Russland und der Iran-Krieg unsere Versorgung mit bezahlbarer Energie. Deutschland braucht endlich wieder eine technologieoffene, ausgewogene Industriepolitik, die das Rückgrat unserer Wirtschaft schützt. Die Politik muss die Unternehmen dabei unterstützen, unbeschadet über den technologischen Umbruch zu kommen. Nur so können wir Arbeitsplätze und Wertschöpfung dauerhaft sichern. Gute Standortpolitik verbindet Innovationskraft mit einer Zukunftsvision.

Zwickau muss über 2031 hinaus Autostadt bleiben!

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1644643177228565&set=a.814611243565100>

Von wegen „Schulze führt“: Mehrheit in Sachsen-Anhalt will Siegmund!

Diese Umfrage hat es in sich: Sven Schulze (CDU) betont bei jeder Gelegenheit, er führe im Direktvergleich gegen Ulrich Siegmund in den Umfragen. Das Gegenteil ist der Fall: Siegmund liegt bei dieser Frage mit 39% an der Spitze - 11 Prozentpunkte VOR Schulze. Insgesamt liegt die AfD bei aktuell 43%, die CDU bei nur noch 22%. Alles ist möglich!



<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1592148608947448&set=a.797289411766709>



Heimatliebe in die Verfassung!

"Während die bayerische Landesverfassung und das bayerische Schulgesetz von den Schulen verlangen, die Schüler „in der Liebe zur bayerischen Heimat und dem deutschen Volk“ zu erziehen, finden sich in Artikel 25ff. unserer Landesverfassung nur Einrichtungsgarantien und einige grundsätzliche Regelungen. Das Schulgesetz unseres Landes wiederum enthält in einem aufgeblähten § 1 alle möglichen Antidiskriminierungsbekenntnisse, aber kein Bekenntnis zu Volk und Heimat. Das ist ein schwerer Mangel. Wenn die Schulen die Kinder nicht mehr zu Patriotismus erziehen, ist unser Gemeinwesen dem Untergang geweiht. Wir wollen deshalb den Artikel 27 Abs. 1 unserer Landesverfassung um einen weiteren Satz ergänzen, der lauten soll: „Die Kinder sind im Geist der Liebe zu ihrer Heimat und dem deutschen Volk zu erziehen.“ § 1 des Schulgesetzes von

Sachsen-Anhalt werden wir in diesem Sinne umgestalten."

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1592026618959647&set=a.797289411766709>

CDU will mit Linken paktieren!

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt offengelegt, wie die Union mit einem Wahlsieg der AfD umgehen will. Angesichts von Umfragewerten bei über 40 Prozent für die neue Volkspartei und lediglich 22 Prozent für die CDU verweist Merz auf Thüringen und Sachsen als Vorbild für künftige Minderheitsregierungen. Dort stützen sich die CDU-geführten Landesregierungen regelmäßig auf Mehrheiten mithilfe der Linkspartei, ungeachtet des Parteitagsbeschlusses aus dem Jahr 2018.



Für konservative Wähler ist es damit nun amtlich bestätigt: Wer CDU wählt, bekommt die Linke. Statt den eindeutigen Bürgerwillen im Osten anzuerkennen, setzt der Kanzler höchstselbst auf linke Mehrheitsbeschaffer zum Machterhalt um jeden Preis. Die Parteispitze bricht faktisch mit eigenen Grundsätzen und ignoriert den klaren demokratischen Auftrag der Wähler für einen grundlegenden Neuanfang in Sachsen-Anhalt.

Jeder bürgerliche Wähler sollte sich vor diesem Hintergrund genau überlegen, ob er weiterhin schwarz wählt oder sich endlich für den echten Wechsel entscheidet. Eine funktionierende Demokratie verlangt Respekt vor dem Wählerwillen statt ideologischer Brandmauern und taktischer Blockaden. Wer eine verlässliche bürgerliche Politik will, wählt daher das blaue Original für eine zukunftsorientierte Ausrichtung mit gesundem Menschenverstand.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1591344199027889&set=a.797289411766709>



CDU findet Lebensmittel zu billig!

Die rheinland-pfälzische Landwirtschaftsministerin Christine Schneider (CDU) fordert mehr Wertschätzung für heimische Produkte und kritisiert, dass viele Verbraucher im Supermarkt zur billigeren Alternative greifen. Ihrer Ansicht nach sind Lebensmittel in Deutschland im europäischen Vergleich noch immer zu günstig. Schneider selbst bezieht als Landesministerin ein monatliches Einkommen von rund 16.500 Euro plus Spesen.

Diese Aussagen offenbaren, wie weit sich etablierte Politiker von der Lebenswirklichkeit der Menschen entfernt haben. Während Minister mit üppigen Gehältern belehren, verzeichnete der Teilindex für Nahrungsmittel im Juli 2026 einen Stand von 136,8 Punkten und liegt damit deutlich über dem Niveau von 2020. Zugleich stieg die Armutsgefährdung für 2025 auf 16,1 Prozent an, was rund 13,4 Millionen Bürgern entspricht. Für Millionen Haushalte ist der Grundbedarf längst zur spürbaren finanziellen Belastung geworden. Wer in dieser Lage noch höhere Preise verlangt, ignoriert die täglichen Nöte der eigenen Bevölkerung vollkommen.

Die Menschen brauchen keine weltfremden Ratschläge, sondern eine spürbare Entlastung an der Kasse. Die Alternative für Deutschland steht für eine Politik, die heimische Erzeuger stärkt und Bürger entlastet, damit gesunde Nahrungsmittel für jeden bezahlbar bleiben.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1591296442365998&set=a.797289411766709>

Die CDU hat ein massives Demokratieproblem!

Die Bürger in Island haben in einem unverbindlichen Referendum mit 52,8 Prozent gegen die Wiederaufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen gestimmt. Bei einer hohen Wahlbeteiligung von 82,5 Prozent erteilten die Isländer dem Brüsseler Kurs eine klare Absage. In der Unionsfraktion sorgt dieses demokratische Votum für offene Verärgerung. Aus den Reihen der CDU wird dem Land prompt „Rosinenpickerei“ vorgeworfen, verbunden mit der unverschämten Forderung nach spürbaren Konsequenzen für den souveränen Inselstaat.



Diese Reaktion offenbart das bedenkliche Demokratieverständnis der Union. Wer souveräne Entscheidungen trifft und Demokratie als echte Bestimmung des politischen Handelns durch das Volk begreift, wird für diese Parteifunktionäre offenbar sofort zum Feindbild. Sobald freie Bürger von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen, reagiert die CDU mit Drohgebärden und Missachtung des Wählerwillens. Wer demokratische Mehrheiten nur dann respektiert, wenn das Ergebnis den eigenen Absichten dient, verachtet die Grundlagen echter Volkssouveränität.

Dieser fehlende Respekt vor Mehrheitsentscheidungen zeigt den Niedergang einer abgehobenen Politik. Die AfD fordert die uneingeschränkte Achtung von Volksentscheiden und ein Ende politischer Erpressungsversuche gegen souveräne Staaten. Direkte Demokratie muss auch bei uns zum Regelfall werden, damit die Bürger selbst über ihre Zukunft entscheiden. Es ist Zeit für eine politische Kraft, die den Willen des Volkes endlich wieder an die erste Stelle setzt.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1590642505764725&set=a.797289411766709>



Bekenntnis zu Deutschland einfordern!

Anders als es uns immer unterstellt wird, verwehren wir Ausländern nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Jeder, der das ernsthaft will, kann Deutscher werden. Wer hier eingebürgert werden will, muss sich aber zu Deutschland bekennen, seine neue Identität annehmen und seine alte Identität loslassen.

Um das sicherzustellen, werden wir die persönliche Erklärung zur Einbürgerung, die durch einen Erlass vom 27. August 2021 den kreisfreien Städten und Landkreisen mitgeteilt wurde, durch folgende Erklärung ersetzen:

„Ich, Vorname und Name, erkenne die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Gesetze an. Ich verpflichte mich, die deutsche Kultur zu respektieren und danach zu streben, die deutsche Sprache zu erlernen. Als neuer deutscher Staatsangehöriger werde ich innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland keine ausländischen Konflikte aktiv unterstützen. Dies gilt insbesondere für Konflikte meines ehemaligen Heimatlandes. Ich will mich nach besten Kräften bemühen, meinen Lebensunterhalt selbst zu bestreiten und auf diese Weise meinem neuen Heimatland Dank und Respekt zu erweisen.“

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1591170242378618&set=a.797289411766709>

Die CDU hat ein massives Demokratie-Problem!

Die Bürger in Island haben in einem unverbindlichen Referendum mit 52,8 Prozent gegen die Wiederaufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen gestimmt. Bei einer hohen Wahlbeteiligung von 82,5 Prozent erteilten die Isländer dem Brüsseler Kurs eine klare Absage. In der Unionsfraktion sorgt dieses demokratische Votum für offene Verärgerung. Aus den Reihen der CDU wird dem Land prompt „Rosinenpickerei“ vorgeworfen, verbunden mit der unverschämten Forderung nach spürbaren Konsequenzen für den souveränen Inselstaat.

Diese Reaktion offenbart das bedenkliche Demokratieverständnis der Union. Wer souveräne Entscheidungen trifft und Demokratie als echte Bestimmung des politischen Handelns durch das Volk begreift, wird für diese Parteifunktionäre offenbar sofort zum Feindbild. Sobald freie Bürger von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen, reagiert die CDU mit Drohgebärden und Missachtung des Wählerwillens. Wer demokratische Mehrheiten nur dann respektiert, wenn das Ergebnis den eigenen Absichten dient, verachtet die Grundlagen echter Volkssouveränität.

Dieser fehlende Respekt vor Mehrheitsentscheidungen zeigt den Niedergang einer abgehobenen Politik. Die AfD fordert die uneingeschränkte Achtung von Volksentscheiden und ein Ende politischer Erpressungsversuche gegen souveräne Staaten. Direkte Demokratie muss auch bei uns zum Regelfall werden, damit die Bürger selbst über ihre Zukunft entscheiden. Es ist Zeit für eine politische Kraft, die den Willen des Volkes endlich wieder an die erste Stelle setzt.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1590642505764725&set=a.797289411766709>





Unterstützung für gesuchte Straftäter endlich beenden!

„Dieser Missstand besteht nicht seit zwei Monaten, sondern seit zwei Jahrzehnten – und zwar unter maßgeblicher Regierungsverantwortung der CDU. Dass die Union das Thema pünktlich vor den Landtagswahlen entdeckt, ist kein Politikwechsel, sondern Wahlkampfretorik. Der Kanzler verspricht im Juli einen Aktionsplan, lässt sich von Frau Bas ausbremsen und tut anschließend so, als sei er Opfer der Verhältnisse. Wer die Kanzlerschaft innehat, kann sich nicht hinter seiner Ministerin verstecken.

Der Zustand selbst ist grotesk: Der Staat sucht Menschen mit Haftbefehl und überweist ihnen gleichzeitig pünktlich das Geld der Steuerzahler. Wer sich vor der Polizei versteckt, darf keinen Cent

mehr vom Staat erhalten. Und wer sich dabei hinter dem Datenschutz versteckt, schützt nicht die Bürger, sondern die Untergetauchten.

Die AfD-Fraktion hat die Lösung längst vorgelegt: einen klaren Leistungsausschluss bei SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungen sowie ein bundeseinheitliches elektronisches Meldeverfahren zwischen Justiz- und Sozialbehörden. Union und SPD müssten nur zustimmen – doch offenbar ist ihnen die Ankündigung wichtiger als das Ergebnis.

Nachzulesen ist unser Vorschlag im Antrag der AfD-Fraktion ‚Bürgergeldleistungen stoppen bei Haftbefehlen – Keine Unterstützung für gesuchte Straftäter‘ (BT-Drs. 21/2222).“

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1626408505515007&set=a.818190173003515>

Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt

Heino will aus TV-Produktion aussteigen, weil im Titel gegendert wird

<https://n1us.de/unterhaltung/heino-will-aus-tv-produktion-aussteigen-weil-im-titel-gegendert-wird>

„Regenbogenregime“ ist keine Volksverhetzung – Gericht entscheidet gegen Staatsanwaltschaft

<https://n1us.de/politik/anklage-afd-frau-staatsanwaltschaft-goettingen-widerspruch>

Merz stellt Tolerierung durch Linkspartei in Sachsen-Anhalt in den Raum

<https://n1us.de/politik/merz-stellt-tolerierung-durch-linkspartei-in-sachsen-anhalt-in-den-raum>

Fluchtfahrerin des Stade-Mörders wollte offenbar ihren Schwiegersohn einschalten – er ist SPD-Politiker

<https://apollo-news.net/fluchtfahrerin-des-stade-moerders-wollte-offenbar-ihren-schwiegersohn-einschalten-er-ist-spd-politiker/>

Nach „Zigeuner“-Spruch – Zentralrat zeigt AfD-Chef Chrupalla wegen Volksverhetzung an

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article6a96ccdc2a6051ae2e13f7f2/afd-chef-chrupalla-nach-zigeuner-spruch-wegen-volksverhetzung-angezeigt.html>

43 zu 22 Prozent! 21 Punkte Vorsprung für AfD, Siegmund auch bei Ministerpräsidenten-Frage vorn

<https://nius.de/nachrichten/43-zu-22-prozent-21-punkte-vorsprung-fuer-afd-siegmund-auch-bei-ministerpraesidenten-frage-vorn>

Kreml erzürnt über deutsche Sanktionen nach Drohnen-Vorfall

<https://nius.de/nachrichten/kreml-erzuernt-deutsche-sanktionen>

Sven Schulze: „Es wird keine Wahl geben“

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/sven-schulze-es-wird-keine-wahl-geben/>

BSW-Beben in Thüringen: Drei Abgeordnete verlassen Fraktion – Koalition plötzlich Minderheitsregierung

<https://www.fr.de/politik/thueringen-drei-bsw-abgeordnete-verlassen-fraktion-zr-94471187.html>

Exklusiv: Wahlbetrug mit der Stimme einer dementen 95-Jährigen? Bevollmächtigter stellt Strafanzeige

<https://ostdeutscheallgemeine.com/article/exklusiv-wahlbetrug-mit-der-stimme-einer-dementen-95-jaehrigen-bevollmaechtigter-stellt-strafanzeige-10353231>

Pass als Ramschware: 333.343 Einbürgerungen im Jahr

<https://www.compact-online.de/pass-als-ramschware-333-343-einbuengerungen-im-jahr/>

Siegmund führt in allen Altersgruppen unter 70

<https://nius.de/politik/siegmund-fuehrt-in-allen-altersgruppen-unter-70>

Paktiert Sven Schulze jetzt ganz offen mit Linksextremisten gegen die AfD?

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/paktiert-die-sven-schulze-jetzt-ganz-offen-mit-linksextremisten-gegen-die-afd/>

Schulze erklärt CDU-Papier gegen Linken-Duldung zur Einzelmeinung

<https://nius.de/politik/schulze-cdu-linke-duldung-einzelmeinung>

Wegen Ceuta: Zehntausende protestieren gegen Spaniens Migrationspolitik

<https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2026/wegen-ceuta-zehntausende-protestieren-gegen-spaniens-migrationspolitik/>

Jens Spahn geht für die Union in den Haushaltsausschuss

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2026-09/jens-spahn-cdu-haushaltsausschuss-bundestag-union-gxe>



Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Unabhängige Medien

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>

Radio Klartext

<https://www.youtube.com/@radioklartext>

Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft

<https://kontrafunk.radio/de/>

NIUS – Die Stimme der Mehrheit

<https://nius.de/>

Ostdeutsche Allgemeine Zeitung

<https://ostdeutscheallgemeine.com/>

Deutschland-Kurier

<https://deutschlandkurier.de/>

{ungeskriptet} by Ben

https://www.youtube.com/@ben_ungeskriptet



Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/
www.afdsachsen.de/verbaende/afd-kreisverband-bautzen/
www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093
t.me/afdkreisverbandbautzen
www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de
t.me/karstenhilsepolitiker
www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/
www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen
www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861
www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de
t.me/frankpeschel
www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL
instagram.com/doreenschwietzer_afd
www.doreen-schwietzer.de
t.me/schwietzer
twitter.com/SchwietzerMdL

Ralf-Peter Hechtberger, Landtagsdirektkandidat WK 53

www.facebook.com/profile.php?id=61554027185527

Junge Alternative Oberlausitz

instagram.com/ja_oberlausitz
www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz
t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/
www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

www.afd-hoyerswerda.de/
www.afd-stadtrat-hoyerswerda.de/
www.youtube.com/@AfDFraktionHoyerswerda
www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219



AfD Oberlausitz

www.facebook.com/AfDOberlausitz

www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw

t.me/oliverhelbing

www.tiktok.com/@afdoberlausitz

Ortsgruppe Cunewalde

www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

www.afdpulsnitz.de/

Stadtratsfraktion Radeberg

www.facebook.com/groups/465255757689215/



Regionalgruppen im KV Bautzen



SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Postplatz 1
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Donnerstag
10.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00 – 16.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremlinger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen